

BFH – Anhängige Verfahren

■ AO § 163:

Abweichende Steuerfestsetzung, Billigkeitserlass, Vorsteuerabzug, Rechnungsberichtigung, Insolvenz

Bundesfinanzhof Az: XI R 26/24

Abweichende Festsetzung bzw. Erlass von Steuern aus Billigkeitsgründen Kann nach dem EuGH-Urteil "Reemtsma Cigarettenfabriken" vom 15.03.2007 - C-35/05 (EU:C:2007:167) ein Leistungsempfänger vom Fiskus die Erstattung einer Vorsteuer geltend machen, wenn der leistende Unternehmer insolvent ist, dessen Insolvenzverwalter einen Antrag auf Berichtigung der streitigen Rechnungen nach § 14c Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 UStG stellt, das FA diesem Antrag stattgibt und die Umsatzsteuer an die Insolvenzmasse erstattet, der Leistungsempfänger aber mangels ausreichender Insolvenzquote eine zivilrechtliche Geltendmachung der überzahlten Steuer gegenüber dem Insolvenzverwalter unterlässt? Kann der sog. Reemtsma-Anspruch daran scheitern, dass der Fiskus aufgrund einer Rückerstattung der zu Unrecht gezahlten Umsatzsteuer an den leistenden Unternehmer nicht mehr um diese Steuer bereichert ist? Ist eine Versagung des sog. Reemtsma-Anspruchs wegen der Verletzung etwaiger Sorgfaltspflichten möglich? Das Verfahren XI R 6/21 war durch Beschluss vom 03.11.2022 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-83/23 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

■ AO § 174 Abs 4:

Änderung, Widerstreitende Steuerfestsetzung

Bundesfinanzhof Az: IX R 18/24

Ist das Finanzamt berechtigt, die Feststellungsbescheide für die Folgejahre nach § 174 Abs. 4 der Abgabenordnung zu ändern und die AfA-Bemessungsgrundlage anzupassen, wenn der im Rahmen einer Betriebsaufgabe angesetzte gemeine Wert nachträglich dadurch herabgesetzt wird, dass das Finanzgericht einen Feststellungsbescheid, welcher zu einer Erhöhung des Aufgabegewinns geführt hat, aufhebt?

■ AO § 233a:

Nachzahlungszinsen, Billigkeitserlass, Liquiditätsvorteil

Bundesfinanzhof Az: V R 8/24

Sind Nachzahlungszinsen auf den Steuermehrbetrag für Umsatzsteuer wegen zu Unrecht als Vorsteuer abgezogenen ausländischen Steuern aus Billigkeitsgründen zu erlassen, wenn der Rechnungsaussteller die Steuern ordnungsgemäß an die Finanzbehörde des anderen Mitgliedstaates abgeführt hat und eine Rechnungsberichtigung wegen Festsetzungsverjährung in dem anderen Mitgliedstaat nicht mehr möglich ist?

■ **AO § 233a:**

Nachzahlungszinsen, Unionsrecht, Verhältnismäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: V R 7/24

Verstoßen die nach § 233a AO festgesetzten Nachzahlungszinsen zur Umsatzsteuer gegen höherrangiges Recht, u.a. Art. 20, Art. 41 und Art. 47 Abs. 1 EUGrdRCh sowie gegen die unionalen Grundsätze der Äquivalenz, der Neutralität und der Verhältnismäßigkeit?

■ **BetrAVG § 16:**

Pensionsrückstellung, Dynamisierung, Erhöhung, Rechtsprechung

Bundesfinanzhof Az: XI R 10/24

Zulässigkeit der Erhöhung einer Pensionsrückstellung wegen einer Dynamisierung der Altersrenten innerhalb des Konzerns durch eine Betriebsvereinbarung, die durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts nachträglich als unwirksam eingestuft wurde?

■ **DBA CHE Art 15a:**

Grenzgänger, Unfall, Leistung, Progressionsvorbehalt

Bundesfinanzhof Az: VI R 26/24

Unterliegt die Leistung (Unfalltagegeld) aus der gesetzlichen schweizerischen Unfallversicherung nach einem Nichtberufsunfall, der sich nicht auf dem Arbeitsweg ereignet hat, bei einem Grenzgänger dem Progressionsvorbehalt?

■ **EStG § 15 Abs 2 S 1:**

Gewerblicher Grundstückshandel, Geschlossener Immobilienfonds, Doppelstöckige Personengesellschaft, Veräußerung, Zählobjekt, Drei-Objekt-Grenze

Bundesfinanzhof Az: IV R 15/24

Gehören Liquidationen und Grundstücksveräußerungen geschlossener Immobilienfonds (Zielfonds) und in Zusammenhang damit auf Ebene der Zielfonds realisierte Erlöse einer vermögensverwaltenden Ober-Personengesellschaft zu zurechenbaren (Zähl-)Objekten im Rahmen der Drei-Objekt-Grenze, die entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 26.03.2004, BStBl I 2004, 434 (Rz 14, 18) zum Vorliegen eines Gewerbebetriebs (gewerblicher Grundstückshandel) bei der Obergesellschaft führen können? Ist insbesondere die in dem BMF-Schreiben bei Beteiligungen von weniger als 10 % an dem Zielfonds genannte Wertgrenze von 250.000 EUR zu volatil und willkürlich?

■ **EStG § 20 Abs 1 Nr 7:**

Kapitalforderung, Zinsverzicht, Freigebige Zuwendung, Zinsvorteil, Schenkung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 30/24

Handelt es sich bei dem ausdrücklich vertraglich vereinbarten Zinsverzicht (hier: Schenkung der Differenz zwischen Nominalkaufpreis und dem abgezinsten Barkaufpreis bei der Veräußerung eines Grundstücks gegen Ratenzahlung zwischen nahen Angehörigen), um einen Kapitalnutzungsvorteil, der als Schenkung unter Lebenden im Sinne des § 7 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG zu beurteilen ist und damit nicht dem Besteuerungstatbestand des § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG unterliegt?

■ **EStG § 21:**

Ferienwohnung, Vermietung, Überschusserzielungsabsicht

Bundesfinanzhof Az: IX R 23/24

Vermietung einer Ferienwohnung in den zwei Streitjahren an ausschließlich wechselnde Feriengäste – Hier zur Frage der Konkretisierung der Überprüfung der Überschusserzielungsabsicht anhand der durchschnittlichen Auslastung der Ferienwohnung über einen längeren Zeitraum, wenn die ortsübliche Vermietungszeit in den zwei Streitjahren um mehr als 25% unterschritten wird.

■ **EStG § 3c Abs 2:**

Holding, Konzern, Bilanz, Wirtschaftlicher Zusammenhang

Bundesfinanzhof Az: IV R 17/24

Stehen die bei einer Holdinggesellschaft angefallenen Konzernabschlusskosten im Sinne von § 3c Abs. 2 Satz 1 EStG in wirtschaftlichem Zusammenhang mit den dem Teileinkünfteverfahren unterliegenden Beteiligungserträgen mit der Folge, dass sie nur anteilig als Betriebsausgaben abgezogen werden können?

■ **EStG § 4 Abs 4:**

Rückstellung, Vorruhestand, Freistellung, Erfüllungsrückstand, Gebäude, Erhaltungsaufwand, Nachträgliche Herstellungskosten

Bundesfinanzhof Az: IV R 11/24

Sind aufgrund eines im Musteranstellungsvertrag für Führungskräfte enthaltenen Vorruhestandsmodells, das drei Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze die Freistellung von der Arbeitsleistung gegen Fortzahlung von 70 % der vereinbarten Bruttovergütung vorsieht, Rückstellungen zu bilden, auch wenn der jeweilige Arbeitnehmer die Voraussetzungen für die Freistellung noch nicht erfüllt, und auf welchen Zeitpunkt ist bejahendenfalls für die Berechnung der Rückstellung abzustellen? Handelt es sich bei den Aufwendungen für die aufgrund zunehmender Starkregenereignisse infolge des Klimawandels notwendig gewordene Errichtung einer Notentwässerungsanlage an einem mit einem Flachdach versehenen Gebäude um nachträgliche Herstellungskosten oder um sofort abzugsfähigen Erhaltungsaufwand?

■ **EStG § 50a:**

Zuständigkeit, Außenprüfung, Steuerabzug, Bundeszentralamt für Steuern, Antragsveranlagung, beschränkte Steuerpflicht, Abzugsteuer, Ausland, Betriebsprüfung, Verfassung

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 1886/24

Zuständigkeit für die Außenprüfung (Steuerabzug nach § 50a EStG)-- Verfassungsbeschwerde --

■ **EStG § 8 Abs 2 S 11:**

Gehalt, Umwandlung, Sachbezug, Kreditkarte, Rückwirkung, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: VI R 28/24

Genügt die Gehaltsumwandlung nach dem sogenannten Geldkartenmodell zu einem gewährten Sachbezug (im Streitjahr monatlich 44 Euro) nicht dem Zusätzlichkeitserforder-

nis im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 11 i.V.m. § 8 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG), da es an einem "zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn" mangelt? Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des mit dem Jahressteuergesetz 2020 vom 21.12.2020 (BGBl. 2023 I Nr. 65) neu eingeführten § 8 Abs. 4 EStG rückwirkend für den Lohnsteuerabzug ab Beginn des Jahres 2020.

■ **FGO § 52a:**

Schriftsatz, Klage, Elektronische Signatur

Bundesfinanzhof Az: XI R 20/24

Zu den Formvorschriften des § 52a FGO: Muss der Absender den (Klage-)Schriftsatz selbst einfach signieren, wenn ein Berufsträger eine Klage über sein persönliches besonderes elektronisches Steuerberaterpostfach einreicht, sofern keine qualifizierte elektronische Signatur angebracht wird? Muss Identität zwischen Zeichner und Übersender der Klage bestehen?

■ **FGO § 65 Abs 1:**

Klagebegehren, Ausschlussfrist, Personengesellschaft, Schätzung

Bundesfinanzhof Az: IV R 12/24

Wird der Gegenstand des Klagebegehrens allein durch die Benennung der angefochtenen Bescheide sowie der Einspruchsentscheidung hinreichend bezeichnet, selbst wenn diese weder der Klageschrift beigelegt waren noch innerhalb der vom Gericht zur Bezeichnung des Klagebegehrens gesetzten Ausschlussfrist nachgereicht wurden?

■ **GewStG § 10a:**

Personengesellschaft, Gewerbeverlust, Unternehmeridentität, Gesamtrechtsnachfolge, Gesellschafterwechsel

Bundesfinanzhof Az: IV R 14/24

Ist der auf einen verstorbenen Mitunternehmer entfallende Anteil am gewerbesteuerlichen Verlustvortrag einer Personengesellschaft bei den verbliebenen Mitunternehmern fortzuführen, wenn diese den Mitunternehmeranteil des Verstorbenen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge erworben haben?

■ **GewStG § 3 Nr 13:**

Gewerbsteuerbefreiung, Veräußerung, Veräußerungsgewinn, Lehrinstitut

Bundesfinanzhof Az: V R 32/23

Erfasst die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 13 des Gewerbesteuergesetzes i.d.F. des Streitjahres 2017 auch die Veräußerung einer privaten allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtung?

■ **GewStG § 3 Nr 13:**

Gewerbsteuerbefreiung, Lehrer, Bildungseinrichtung

Bundesfinanzhof Az: V R 33/23

Zur Auslegung des Begriffs der berufsbildenden Einrichtungen gemäß § 3 Nr. 13 des Gewerbesteuergesetzes.

■ **GewStG § 3 Nr 20 Buchst d:**

Gewerbesteuerbefreiung, Ambulanter Pflegedienst, Einrichtung, Kostentragung

Bundesfinanzhof Az: V R 22/24

In welchem Umfang ist einer Betreiberin eines ambulanten Pflegedienstes die Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 20 Buchst. d GewStG zu gewähren?

■ **GrEStG § 1 Abs 2a S 1:**

Grunderwerbsteuer, Doppelbesteuerung, Steuerbefreiung, Wirtschaftliche Betrachtungsweise

Bundesfinanzhof Az: II R 20/24

Ist der Tatbestand des § 1 Abs. 2a GrEStG erfüllt, wenn der aufschiebend bedingte Erwerb des unmittelbaren Anteils an der Personengesellschaft erst nach dem Erwerb des Grundstücks durch die Personengesellschaft erfolgt oder ist in Bezug auf den Erwerb der Anteile an der Personengesellschaft eine wirtschaftliche Betrachtung anzuwenden?

■ **KraftStG § 3a Abs 1:**

Kraftfahrzeugsteuerbefreiung, Schwerbehinderung, Rechtsnachfolge, Grundlagenbescheid

Bundesfinanzhof Az: IV R 16/24

Handelt es sich bei der Feststellung der Schwerbehinderung um einen Grundlagenbescheid für die Kraftfahrzeugsteuer, der über den Tod der schwerbehinderten Person hinaus bis zum Ende der Zulassung des Fahrzeugs zu berücksichtigen ist?

■ **KStG § 8 Abs 3 S 2:**

Verdeckte Gewinnausschüttung, Fremdvergleich, Miete

Bundesfinanzhof Az: I R 16/24

Mieterhöhung als verdeckte Gewinnausschüttung?

■ **TabStG § 23:**

Tabaksteuer, Lieferung, Bemessungsgrundlage, Festsetzung, Vermutung

Bundesfinanzhof Az: VII R 26/24

Tabaksteuerfestsetzung bei illegalem Verbringen bzw. Beförderung ohne Begleitdokument: Kann eine Festsetzung von Tabaksteuer für Lieferfahrten (Durchfuhr) erfolgen, auch wenn in dem Durchfuhrmitgliedstaat keine Kontrollen stattgefunden haben und daher keine Tabakwaren konkret festgestellt werden konnten und auch sonst keine Anknüpfungstatsachen für die Bemessung der Tabaksteuer vorhanden sind? Das Verfahren wird fortgesetzt, nachdem der EuGH mit Beschluss vom 04.10.2024 - C-214/24 rechtskräftig entschieden hat.

■ **UmwStG § 20 Abs 2 S 2:**

Sacheinlage, Einbringung, Rechtsnachfolger, Gemeiner Wert

Bundesfinanzhof Az: X R 8/24

Ist ein Einbringungsgewinn I, der dadurch entsteht, dass eine Stiftung als Erbin des Einbringenden die erhaltenen Anteile innerhalb der Sperrfrist veräußert, der Stiftung in ihrer Eigenschaft als Gesamtrechtsnachfolgerin des Einbringenden zuzurechnen (Folge: Besteuerung mit dem regulären Einkommensteuertarif) oder --entsprechend dem Wortlaut des § 22 Abs. 6 UmwStG 2006-- unmittelbar der Stiftung (Folge: Anwendung des niedrigeren Körperschaftsteuersatzes)?

■ **UStG § 20 S 1 Nr 3:**

Ist-Besteuerung, Vereinnahmte Entgelte, Buchführung

Bundesfinanzhof Az: V R 16/24

Genehmigung der Ist-Besteuerung nach § 20 Satz 1 Nr. 3 UStG für freiwillig buchführende Steuerpflichtige?

■ **UStG § 24:**

Landwirtschaft, Alkohol, Durchschnittssatz, Vorsteuer

Bundesfinanzhof Az: XI R 22/24

Unterliegt nicht trinkfertiger Rohalkohol, bei dem lediglich ein erster Reinigungsschritt durchgeführt wurde, der Regelbesteuerung mit Vorsteuerabzug oder der Versteuerung nach Durchschnittssätzen gemäß § 24 UStG?